

Gemeinsames Positionspapier der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände

Nein zur Kantonalen Volksinitiative "Für eine Elternzeit"

Ausgangslage

Die Initianten der SP verlangen mit ihrer kantonalen Volksinitiative eine Elternzeit von je 18 Wochen für jeden erwerbstätigen Elternteil einzuführen. Die Elternzeit soll durch die Erwerbssersatzordnung (EO), also durch Beiträge von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden bzw. vom Kanton (Steuerzahler) finanziert werden.

Einordnend ist festzuhalten, dass Massnahmen zugunsten der Familien nicht gratis sind. Mit der Elternzeitinitiative steht eine weitere sozialpolitische Forderung zur Debatte. Selbst wenn die Kosten einzelner Massnahmen gering sein mögen, im Bündel werden sie in finanzieller wie auch organisatorischer Hinsicht für die Unternehmen zunehmend zur Belastung.

Grundsätzlich kann eine gemeinsame Elternzeit die fortschrittlichere Lösung als ein Mutter- und Vaterschaftsurlaub sein, allerdings sprengt eine derartige Ausdehnung des Urlaubs den für die Unternehmen zumutbaren Rahmen. Zudem würde ein solch kantonaler Alleingang dem Wirtschafts- und Innovationsstandort Zürich gegenüber anderen Kantonen schaden.

Hohe zusätzliche finanzielle Belastungen für die Unternehmen

In jüngster Zeit sind die Arbeitgebenden bereits mit folgenden kostenintensiven Massnahmen verpflichtet worden:

1. STAF, die 2000 in Kraft getretene Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (AG/AN je 0,15%)
2. Gesetzlicher zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub (je 0,05%)
3. Neue Betreuungsurlaube (Angehörigenbetreuung und Betreuung schwer kranker Kinder)
4. Teillastenausgleich bei den Familienausgleichskassen (betrifft nur die Arbeitgeber).

Darüber hinaus werden die anstehenden Reformen der BVG (AG/AN je 0,4% gemäss Vernehmlassungsvorlage) sowie der AHV, IV und ALV für weitere Belastungen sorgen. Die Kosten der Elternzeit sollen primär von der EO getragen werden. Über deren Höhe ist indessen nichts bekannt. Subsidiär wird der Kanton (Steuerzahler) einspringen müssen, was die Initianten in den FAQ jedoch bestreiten.

Bestehende familienfreundliche Rahmenbedingungen

Unternehmen bieten heute schon flexible und familienfreundliche Arbeitsmodelle an, welche jedoch betriebsindividuell, oftmals unter Mitwirkung der Mitarbeitenden und/oder sozialpartnerschaftlich geregelt sind. Zu denken ist in erster Linie an flexible Arbeitszeitregelungen, angepasste Arbeitsmodelle wie Teilzeit in allen Formen, Ferien über die gesetzlichen Regelungen hinaus, Home-Office oder ganz wichtig: ein familienfreundliches Klima. Nicht selten sehen Gesamtarbeitsverträge entsprechende Regelungen vor. Im Gegensatz zur Elternzeit sind diese Massnahmen unbefristet und flexibel auf die wandelnden Familienbedürfnisse anpassbar.

Die Elternzeitinitiative hingegen stellt Unternehmen, v.a. KMU, aufgrund der ausgesprochen anspruchsvollen Umsetzung sowie der überlangen Abwesenheiten der davon profitierenden Mitarbeitenden vor grosse finanzielle und organisatorische Probleme.

Schwächung des Wirtschaftskantons Zürich im Vergleich zu den Nachbarkantonen

Die Einführung einer zusätzlichen Elternzeit auf Kantonsebene schwächt die Wirtschaftskraft durch höhere Arbeitskosten. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit nimmt im Vergleich zu den Nachbarkantonen, welche keine umfassende Elternzeit haben, ab.

Im Fall eines solch extremen Alleingangs des Kantons Zürich dürften sich Unternehmen ernsthaft überlegen, ob sie ihre Niederlassungen nicht in einen Nachbarkanton verlegen sollen. Auch bei Neuansiedelung von Unternehmen kann es dazu führen, dass KMU sich eher im Raum Zug/Schwyz/Thurgau/Schaffhausen/Aargau orientieren werden, welche überdies auch attraktivere Unternehmenssteuern anbieten.

Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen die unterzeichnenden Organisationen, die Volksinitiative "Für eine Elternzeit" ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Zürich, 3. September 2021

Arbeitgeber
Zürich **vzh**



Hans Strittmatter


**ZÜRCHER
HANDELSKAMMER**



Dr. Regine Sauter

KGV
KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH



Thomas Hess

 **Zürcher
Bankenverband**



Christian Bretscher

VZAI
(Vereinigung Zürcherischer
Arbeitgeberverbände der Industrie)



Carla Hirschburger

VZA
(Vereinigung Zürcherischer
Arbeitgeberorganisationen)



Christian Müller